

Mitstreiter gesucht

18.06.2010 - TAUNUSSTEIN

NORDWESTTANGENTE SPD und BI im Gespräch

(red). Über die Hintergründe der sogenannten „Abweichung vom Regionalplan Südhessen 2000 für die geplante Nordwesttangente“ haben sich einige SPD-Parlamentarier der Regionalversammlung Südhessen vor Ort informiert. Der Taunussteiner Magistrat hatte in einer Vorlage für das Regierungspräsidium Darmstadt beantragt, eine Variante 1a der Nordwesttangente über die Regionalversammlung bestätigen zu lassen.

Die Ortspolitiker ließen sich von der Bürgerinitiative gegen den Bau der Nordwesttangente die bekannt gewordenen Planungen und die damit verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft erläutern. Heinz Wilhelmi und Dietmar Ludwig schilderten die aus ihrer Sicht zwingenden Ablehnungsgründe für den Bau der Tangente samt Brücke über das Aartal und das schützenswerte Auengebiet. Gerhard Weinrich, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Regionalversammlung, wies darauf hin, dass es einen Versuch wert sei, bis zur nächsten Sitzung der Regionalversammlung am 25. Juni vor allem die Parlamentsmitglieder aus dem Untertaunus jeglicher Fraktion von dem Verzicht auf diese ohnehin nicht zu finanzierende Baumaßnahme zu überzeugen. Harald Berg, ein weiteres Fraktionsmitglied, sieht naturschutzrechtliche Bedenken, da die Tangente ein gesichertes FFH-Schutzgebiet durchschneiden werde. Der Regierungspräsident hatte in einer Beschlussvorlage an die Regionalversammlung dem von Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) beantragte Abweichungsverfahren für die Trasse 1a zugestimmt. Svenja Feth, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Taunussteiner SPD, sieht einen „erheblichen Verfahrensfehler“, da diese von der bisherigen vom Stadtparlament verabschiedeten Planung abweiche und deshalb ein neuer Beschluss erforderlich gewesen wäre.